

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

56 (7.3.1922)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 14. M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 14. M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abzählern abgeholt 12.50 M monatlich. — Einzelhefte 60 Pf. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die einpaltige Kolonetzelle 2.20 M. Die Restanzelle bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Ein königlich-preussisches Großmaul Kapp will sich stellen?

Die „Dresdener Nachrichten“ veröffentlichen folgende Zuschrift, die mit der handschriftlichen Unterzeichnung Wolfgang Kapp versehen ist.

Schweben, 1. März. Mit der Bitte um Veröffentlichung dieser Zuschrift teile ich der Öffentlichkeit mit, daß ich heute dem Reichsgericht meine Bereitschaft erklärt habe, mich unter Leitung freien Geistes und Verhinderung von Unterdrückung, Kraft zu stellen. Grundtätigkeit sehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Regierung, die den Besitz der Macht lediglich einem zufällig begangenen Verbrechen und Unbesonnenheit verdankt, weder das Recht hat, über das Schicksal der Nation zu entscheiden, noch irgend welche Ansprüche darauf erheben darf, daß ein durch sie des Hochverrats Beschuldigter Recht bei ihr sucht. Obwohl mir eine Ausfertigung der gegen Regierungspräsidenten v. Jagow ergangenen Reichsgerichtsentscheidung vom 21. Dezember 1921 noch nicht vorgelegen hat, entnehme ich doch dem mir darüber inzwischen bekanntgewordenen Inhalt, daß ein Verstoß des Gerichts vorliegt. Herr v. Jagow ist nach meiner Überzeugung mit Unrecht zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt. Die gegen ihn ergangene Entscheidung ist endgültig. Da mir aber aus derselben Veranlassung die gleiche Sanktion zur Last gelegt wird, wie die, wegen deren Herr v. Jagow verurteilt worden ist, so ist ein neues gegen mich durchgeführtes Verfahren tatsächlich dieselbe Bestrafung aus, als fände eine Verurteilung des Jagow-Beschlosses statt. Gerech und Gerechtigkeit gebietet mir, für den Verurteilten einzutreten. Demgegenüber haben alle grundsätzlichen Erwägungen, die mich bisher von einer Selbstheilung abgehalten haben, zu schweigen.

General Freiherr v. Wittow und die andern im Ausland befindlichen Herren, die am Märzunternehmen beteiligt gewesen sind, werden dem natürlichen Antrieb ihrer vornehmen Gesinnung entsprechend, den Wunsch haben, meinem Beispiel zu folgen und gleichzeitig mit mir in Leipzig zu erscheinen. Alle bitte ich dringend, hieron Abstand zu nehmen, und mir als politischem Haupt des Märzunternehmens in diesem Falle den Vortritt zu lassen. Aus ähnlichen Gründen, wie sie jetzt für mich vorgehen maßgebend sind, können sie sich später immer noch stellen, falls sie dies dann noch für geboten erachten. Ihre Interessen werden von mir in Leipzig, ohne ihrer etwaigen künftigen Stellungnahme irgendwie vorzugreifen, als wären sie meine eigenen, wahrgenommen werden.

Wolfgang Kapp.

Königlich Preussischer Wirklicher Geheimrat, Oberregierungsrat.

Kapp hat sich bei dem Märzputsch vor zwei Jahren zwar als ein jammervoller Stümper erwiesen, als ein unfähiger Gernegroß, wie er in den Reihen der ehemals königlich-preussischen Bureauplatze sehr oft anzutreffen war. Aber an Annahme und Großschamlosigkeit scheint er den sonst landesüblichen preussischen Reaktionsären doch überlegen zu sein. Sein Brief ist eine offene Verhöhnung der deutschen Justiz, der er etwa wie ein siegreicher Eroberer entgegentritt. Wenn man sich erinnert, wie das Reichsgericht all die hochherrlichen Gesellen, die Jagow, Ludendorff und Konforten beim Jagowprozess geradezu „hochachtungsvoll“ und „ergeben“ behandelt hat, kann man die böhmischen Hummeln verstehen, die Kapp der deutschen „Gerechtigkeit“ stellt. Und wie wir das Reichsgericht in ähnlichen Fällen kennen gelernt haben, wenn Monarchisten und reaktionäre Staatsrechtler vor seinen Schranken erscheinen, dürfte sich auch Kapp der ausnehmendsten und wohlwollendsten Behandlung erwehren. Wir halten es sogar für möglich, daß das Reichsgericht fähig ist, die unbedingtesten Forderungen Kapps zu bewilligen und wir sind bloß darüber erstaunt, daß Kapp nicht gleichzeitig vom deutschen Reichsgericht auch freies Geleit zur Rückreise ins Ausland fordert, falls die Reichsrichter zu einer solchen Beurteilung gelangen sollten, die dem königlich-preussischen Wirklichen Geheimrat nicht passen sollte.

Am liebsten scheint uns, daß Kapp aus Gründen der Gerechtigkeit den „Drang“, in sich verpircht, ein bißchen Prozeß in Leipzig mit sich spielen zu lassen. Es sind eben doch gewaltige Summen nötig, um heute von Deutschland aus einen ins Ausland geschickten Menschen standesgemäß zu unterhalten. Daß die deutsche Justiz heute so vor aller Welt durch einen Staatsverbrecher verhöhnt werden kann, das ist eine Tatsache, die dem Lande wahrlich nicht dienlich sein kann.

Wie steht es um die englische Kabinettskrise?

Über die englische Kabinettskrise liegen zwei Meldungen vor, die sich gütlich widersprechen. Die eine wird von „Eclatant“, die andere durch „WZ“ verbreitet. Welche Meldung richtig sein kann, ist momentan nicht zu übersehen. Wir geben lediglich zur Information beide Meldungen:

„Eclatant“ berichtet:

Die englische Kabinettskrise scheint beigelegt zu sein. Wie am Montag abend gemeldet, ist Lloyd George am Nachmittag von Chequers nach London zurückgekehrt und hat zuerst mit den konservativen Ministern Lord Birkenhead und Churchill über die Wendung gesprochen, die in den letzten 24 Stunden sich ereignet hat und wie die Möglichkeit eines Kompromisses ergab. Nachdem Lloyd George über eine Stunde lang mit seinen beiden Kollegen gesprochen hatte, folgte er einer Einladung Birkenheads zu einem Diner mit den bedeutendsten Ministern des Kabinetts. Nach diesem Diner fand eine Konferenz statt, der außer Lloyd George und Birkenhead Lord Curzon, Lord Curzon,

Walfour und Hoare beizwohnten. Alle hielten Lloyd George, an der Regierung zu bleiben und versicherten ihm des Vertrauens der konservativen Partei. Sie teilten Lloyd George mit, daß Lord Balfour, der Führer der konservativen Exzeptionisten, versprochen habe, keine Demonstrationen mehr einzuschlagen unter der Bedingung, daß die Führer der anderen Parteien gegen ihn keine Repressalien und Vergeltungsmaßnahmen mehr ergreifen würden. Somit hätte sich der politische Horizont wieder geklärt.

WZ London, 6. März. Wie weiter erfährt, wird Balfour in seiner morgigen mit Spannung erwarteten Rede Lloyd Georges Beschluß hinsichtlich der Kabinettskrise bekannt geben. Dieser ist Lloyd Georges noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen. Es besteht daher noch die Möglichkeit, daß er in Kürze zurücktreten wird. Chamberlain und andere Führer der Konservativen haben bisher keine befriedigende Formel zu finden vermocht, die eine lokale Haltung des rechten Flügels der Konservativen hinsichtlich Lloyd George gewährleisten. — Wie weiter erfährt, ist Lloyd George eifrig darauf bedacht, alle Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen, die die bevorstehenden großen internationalen Konferenzen, deren Urheber er ist, bieten können.

Chamberlain teilte im Unterhaus mit, daß Lloyd George wegen einer starken Ermüdung an seine Wohnung gefesselt sei.

Brotpreis und Reichsregierung

Auf eine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Genossen Meier (Zuidow), welche Maßnahmen die Reichsregierung treffen wolle, um den Lohn-, Gehalts- und Rentenempfängern sowie den erwerbsfähigen Kleinrentnern das Ertragen der Brotpreiserhöhung zu ermöglichen, antwortete die Reichsregierung:

Die der Anfrage zugrunde liegenden Tatsachen sind der Reichsregierung bekannt. Die Reichsregierung hat demgemäß vor längerer Zeit die aus Anlaß der Brodbesteuerung notwendigen erziehenden Maßnahmen in die Wege geleitet. Gerade unter Berücksichtigung der in Aussicht stehenden Erhöhung des Brotpreises und deren unmittelbare Auswirkungen wurde bei der letzten Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches auch eine allgemeine Erhöhung der Bezüge bewilligt; daneben wurde ein örtlicher Ausgleich für die Orte geschaffen, an denen hohe Arbeitslöhne in der Privatindustrie besonders schwierige wirtschaftliche Verhältnisse gezeitigt hatten. Im übrigen ist dem hohen Hause bekannt, daß der Herr Reichsminister der Finanzen in der Sitzung des Reichstages vom 1. Februar erklärt hat, daß eine Nachprüfung der Grundbesitzer der Beamten erfolgen wird. Die in Berlin versammelt gewesenen Finanzminister der Länder haben sich damit einverstanden erklärt, daß die Frage der Erhöhung der Grundbesitzer in bejahendem Sinne gelöst werde. Diese Nachprüfung ist hiernach in vollem Gange und wird noch in diesem Monat ihren gesetzlichen Abschluß finden können.

Was die Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung anlangt, so wurde bei der Bestimmung der Unterstützungsgränze im § 2 des Gesetzes über Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 7. Dezember 1921 die weitere Verteuerung der Lebenshaltung schon von vornherein in Rechnung gestellt. Die ersten Unterstützungen sind in den letzten Monaten mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 gezahlt worden. Die Unterstützten haben daher erhebliche Beträge auf einmal erhalten. Im übrigen wird zurzeit der Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Unterstützungsgränze vorbereitet; er geht in Kürze den gesetzgebenden Körperschaften zu.

Den Militärrentenempfängern sind die zu den Renten seit dem Dezember vorigen Jahres gewährten laufenden Teuerungszuschüsse für den Monat März verdoppelt worden; weitere Maßnahmen für die folgenden Monate sind in Vorbereitung. Die Unterstützung der Kleinrentner ist nach wie vor als Aufgabe der Gemeinden und Länder zu betrachten. Das Reich gewährt lediglich Zuschüsse zu deren Aufwendung. Es ist beabsichtigt, falls die erforderlichen, zurzeit im Laufe befindlichen Auszahlungen hierzu Anlaß geben, den bisher im Haushaltsvoranschlag vorgesehenen Betrag des Reichszuschusses entsprechend zu erhöhen.

Konferenzen wegen des Steuerkompromisses

Wie die Blätter mitteilen, hat Reichstagsminister Dr. Wirth gestern eine Besprechung mit den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann und Dr. Becker über die Frage des Steuerkompromisses gehabt. Dr. Wirth stellte der „Rei“ zufolge dabei in Aussicht, daß vielleicht zu Mittwoch eine Einladung an alle an dem Kompromiß beteiligten Fraktionen zur gemeinsamen Beratung ergehen werde. Wie die Blätter weiter erklären, besteht die Möglichkeit, am Mittwoch die Arbeiten in den Steueraussschüssen zum Abschluß zu bringen.

Saut „Berliner Lokalanzeiger“ hatten gestern nachmittag Vertreter des Reichsverbandes der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und des Handwerks im Reichsaussenministerium mit den Staatssekretären Schröder und Japs eine Besprechung über die Frage der Zwangsanleihe. Tugend welche Beschlässe wurden nicht gefaßt.

Die englische Arbeiterpartei gegen Frankreich

Der leitende Ausschuss der englischen Arbeiterpartei erklärt in einer Entschließung, daß das englische Proletariat jeden Garantievertrag mit Frankreich, der eine militärische oder politischenkonvention in sich schließt, ablehnt. Eine militärische Allianz müsse die Auffassung eines wackelhaften Völkerbundes entgegengesetzt werden, wodurch allein Kriegsdrohungen beseitigt werden könnten.

Krisenercheinungen in Europa

Fast alle Staaten Europas, die in den Krieg verwickelt waren, zeigen heute krisenhafte Erscheinungen, die zwar äußerlich nichts miteinander zu tun haben, denen aber doch innerlich verwandte Symptome zugrunde liegen. Es handelt sich um den Verfall des britischen Organismus u. s. Eine Ministerkrise löst die andere ab, und das Auffallende ist, daß durch die steten Schwankungen nichts erreicht wird, daß nicht eine große Partei die andere ablöst, sondern daß eine Parteikonstellation das Erbe der anderen übernimmt, ohne an dem Gesamtbild der Politik etwas Wesentliches verändern zu können.

Am weitesten stand inmitten dieses Wellengeplätchers widerfreiender Interessen und Meinungen die englische Koalition, die sich um Lloyd George scharte, und der die konservative Partei und der rechte Flügel der Liberalen angehörte. Lloyd George verstand es mit Hilfe dieses Blods, der bei den Wahlen im Jahre 1918 seine Feuerprobe bestand, eine Politik zu betreiben, die sich keinem Parteiprogramm unterwarf, um im Geiste der Ausnutzung der jeweiligen Chancen das durchzuweisen, was der Augenblick zu erfordern schien. Dabei behielt er die große Linie durchaus im Auge. Außenpolitisch baute Lloyd George in langsamer und zäher Arbeit mit der Gewaltpolitik des Krieges ab. Washington, Irland und Ägypten sind Meilensteine auf diesem Wege, und wenn er in seiner Politik Deutschlands gegenüber nicht gleich erfolgreich war, so liegt es in der nationalpolitischen Seelenverfassung des heutigen Frankreich begründet, das soeben erst wieder anlässlich des Militärretats in Kammer und Bundesrat einer kaum glaublichen Verbeugungspolitik wiedererte. Innenpolitisch hat Lloyd George ausschließlich privatwirtschaftlich eingestiftet und zu keinen Konzeptionen den gemeinschaftlichen und sozialen Tendenzen der Arbeiterpartei gegenüber bereit, die er als solche stets brüsk bekämpfte.

Es ist bemerkenswert, daß Lloyd George trotzdem auf diesem linken Flügel in hohem Ansehen stand und daß er sich in ersten Augenblicken stets auf das Parlament verlassen konnte. Die Opposition ist dem Ministerpräsidenten nie gefährlich geworden. Der Feind lag innerhalb der Koalition selbst. Schon seit 1 1/2 Jahren tauchen von Zeit zu Zeit Nachrichten von Unstimmigkeiten innerhalb des enalischen Kabinetts auf. Die konservativen Kreise stellten sich gegen die liberalen Tendenzen Lloyd Georges an; sie sind Anhänger einer nicht mehr ganz zeitgemäßen Prestigepolitik, sie verachten vor allem außenpolitisch die Ziele des nationalen, heiligen Egoismus und der staatlichen Machtentfaltung. Es ist verständlich, wenn die Lösung der irischen und ägyptischen Frage und manches an dem Sparprogramm nicht ihren Wünschen entsprach. Ihre Opposition nahm an Stärke zu, und Lloyd George glaubte, die Vertrauensfrage stellen zu müssen, ob unter diesen Umständen ein Weiterwirtschafte mit der bisherigen Koalition noch möglich sei.

Die konservativen Führer der Koalition, die der Regierung angehören, oder ihr nahestehen, haben ihrer Meinung bereits dahin Ausdruck gegeben, daß ein Rücktritt Lloyd Georges in diesem Augenblick ein Unglück für England und Europa wäre. Niemand habe die internationalen Schäden in der Hand wie er, falle er, so sei an eine Entwürfung der Fäden in absehbarer Zeit nicht zu denken. Auf der anderen Seite hält der Führer der konservativen Opposition J. S. J. an seiner ablehnenden Haltung Lloyd George gegenüber fest, und man sagt ihm nach, daß er die konservative Mehrheit im Lande hinter sich habe. Es wiederholt sich hier ein unruhiges Schauspiel, das wir auch auf dem europäischen Festlande wiederholt erlebt haben. Während die Führer eines Landes, die einen tieferen Einblick in die politischen Zusammenhänge nicht zu verlieren, fallen unverantwortliche Risiken und allzu ungeduldige Massen ab, ohne zu wissen, was werden soll, wenn sie fliehen.

Das ist das Bezeichnende an der Lage, daß in England niemand an die Möglichkeit einer dauernden Regierung aus dem Lager eben jener Ministerstürzer glaubt. Dem neu zu bildenden Kabinet fiele lediglich die Aufgabe zu, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen, die nach den allgemeinen Erwartungen mit einem Sieg der verschiedenen Linken enden würden. Damit wäre das Gegenteil von dem erreicht, was man erreichen wollte. Nun ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß Lloyd George die Krise zum Anlaß nehmen wird, um den Staatsführer auch im außenpolitischen Fragen mehr nach rechts zu werfen, um auf diese Weise durch eine erneute stärkere Anlehnung an Frankreich einen etwaigen Mißerfolg seiner weitläufigeren Pläne für Genua zu vermeiden. Je nach dem Ausfall der Wirtschaftskonferenz könnte er dann seine Blattform für die Neuwahlen umstellen und es entweder mit einer mehr nach links gerichteten Koalition oder noch einmal mit der alten Koalition versuchen.

Das Annehmen heißt allerdings, der Politik, die die Gründung Europas vor Augen hat, den Abschiedsbrief schreiben. Hier beginnen die Krisenercheinungen in Europa, die zu der Krise Europas werden, und Genua würde ebensowohl den Bankrott der Lloyd Georgeschen Politik bedeuten, wie den Bankrott der Politik überhaupt.

Das Ringen um das neue Steuerwerk

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Steueranknüpfung des Reichstages hat die sozialdemokratische Fraktion veranlaßt, ihre Mitglieder im 11. Ausschuss zu beauftragen, eine Klärung herbeizuführen. Nachdem die Frage der Besteuerung der Gewerkschaften durch das abgeschlossene Kompromiß aus der Diskussion ausgeschlossen war — es sollte bei der ursprünglichen Fassung der Regierungsvorlage verbleiben — hatten Mitglieder des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Nationalen einen Antrag eingebracht, wonach den ländlichen Gewerkschaften bei der Vermittlung von Interessenfragen Steuerfreiheit eingeräumt werden sollte. Auf energischen Einspruch unserer Genossen hatten Herr (Hr.) und Herr (Hr.) ihre Unterschriften wieder zurückgenommen, während Herr (Hr.) die seine beibehielt.

Im ersten Ausschuss stellte nun Gen. Verstein im Auftrag der Fraktion an die Deutsche Volkspartei die Frage, wie sie sich zum abgeschlossenen Steuerkompromiß verhalte. Die Unterzeichnung des oben genannten Antrages bedeute ein Abweichen von der getroffenen Vereinbarung, ließe die Deutsche Volkspartei dabei, so habe auch die Sozialdemokratie wieder freie Hand. Dr. Becker (D.Vp.) erklärte darauf, seine Partei nehme auch heute noch die gleiche Haltung zum Kompromiß ein, wie er sie in seiner Rede im Plenum bei der ersten Beratung eingenommen habe. Doch könne eine Zurückziehung der gegebenen Unterschrift nicht erfolgen. Die Entscheidung müsse der Abstimmung überlassen bleiben.

Nach weiterer Aussprache wurde der Antrag gegen 5 Stimmen abgelehnt, von den Volksparteilern stimmte nur Herr (Hr.) für ihn, die anderen drei stimmten dagegen.

Soweit der Bericht über die Ausschuß-Verhandlungen von Freitag. Wie man sieht, hat das Steuerkompromiß einen leichten Schlagfall überstanden, daß ihm aber damit das Leben gerettet sei, wird man vorsichtigerweise vorläufig noch nicht behaupten können. Es wird auf allen Seiten zugegeben werden müssen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion äußerst loyal verhält. Die Beteiligung an dem Steuerkompromiß bedeutet für sie parteipolitisch eine schwere Belastung, und ganz besonders gilt das von dem Punkte des Kompromisses, an dem die neue Art der Besteuerung, von der Umsatzsteuer. Für die sozialdemokratische Fraktion war es ein harter Entschluß, den gesamten Umsatz des Wertes zu besteuern, und daß dadurch besonders auch die Konsumgenossenschaften schwerer als bisher belastet werden müßten, war für die Sozialdemokratie sehr hart.

Ob der Beschluß aufrechterhalten bleiben kann, oder ob unsere Partei durch das weitere Verhalten der bürgerlichen Parteien auch in diesem Punkte wieder freie Hand bekommen wird, steht noch dahin. Allerdings, darüber wird man sich keinem Zweifel hingeben dürfen. Sollte schließlich die sozialdemokratische Partei, durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien gezwungen aus dem Steuerkompromiß aussteigen, und würden die Steuern dann von den bürgerlichen Parteien allein gemacht werden, so hätten die breiten Massen eine leichtere Belastung ganz gewiß nicht zu erwarten. Und ebenso wenig würden dann die Konsumgenossenschaften auf eine bessere Behandlung rechnen können.

Für die sozialdemokratische Partei dürfen nicht bloß parteipolitische Erwägungen maßgebend sein, sie muß auch auf die Interessen des Reiches und der Volksgemeinschaft bedacht sein. Die Spannung des Steuerkompromisses bedeutet Sturz der gegenwärtigen Regierung, weitere Verschlechterung der Finanzlage, weitere Entwertung unserer Währung und damit weitere Preissteigerung. Außenpolitisch bedeutet sie die Gefahr neuer Kriegen, denn man darf doch nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß Deutschland zwar im Mai vorigen Jahres das Ultimatum der Entente angenommen hat, daß aber eine wesentliche Voraussetzung jeder Erfüllungspolitik, die Neuordnung unserer Reichsfinanzen, bisher noch nicht erfüllt worden ist. Aus diesen höheren Gesichtspunkten hat die sozialdemokratische Partei an dem Steuerkompromiß fest und bleibt sie entschlossen, es durchzuführen, wenn auch die bürgerlichen Vertragspartner lokal bei dem Abkommen bleiben.

Die Entschädigung und die Verantwortung liegen damit bei den bürgerlichen Parteien.

Die 10 Punkte des A. D. G. V.

Der Reichstag macht drei Tage Pause, damit die Steueransprüche ihre Arbeit vollenden können. Die ganzen Steuerfälle sollen so rasch wie möglich verabschiedet werden.

Es wird kaum auf einem Gebiete schwerer zu prophezeien sein, als gerade bei dieser Steuerangelegenheit. Die Materie ist verwickelt, und die Interessentenverbände reihen Telle der politischen Parteien bald hierhin, bald dorthin. Die Regierung hat keine feste Steuermeinung, und der Heberausgaben hat es während des Steuerkampfes schon viele gegeben. Verläuft die Entwicklung so glatt und werden die Steuerentwürfe erledigt ohne daß durch neue Bedingungen einzelner Parteien politische Komplikationen herbeigeführt werden, dann haben die Steuerkämpfe wieder einmal einen vorläufigen Abschluß gefunden. Was ist dabei aus der Erstattung der Sachverhalte, was aus den zehn Forderungen des A. D. G. V. geworden?

Die Kommunisten und viele Unabhängige werden jähzornig, die Sozialdemokratie habe wieder einmal Verrat gelüßt, die Arbeiter seien einseitig belastet, nichts sei erreicht. Es sei den 10 Forderungen des A. D. G. V. zur Steuerfrage genau ebenso ergangen, wie den neun Forderungen der Gewerkschaften nach dem Kapp-Putsch: sie seien ein Blatt Papier geblieben. Man habe Panzerei geboten, aber es seien keine Taten gefolgt.

Aber hat jemand geglaubt, die 10 Forderungen des A. D. G. V. ließen sich so im Sande verwehen durchsetzen? Wir stellen nur eine Gegenfrage: Was ist aus den Forderungen der Industriellen geworden? Der Reichsverband der Deutschen Industriellen hat auf seiner Münchner Tagung bekanntlich als Vorbedingung für die Steuer- und Kredithilfe der Industrie aufgestellt die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung, die Privatisierung von Post und Eisenbahnen und die Befreiung des Abfuhrzollgesetzes. Auch diese Forderungen der Industrie sind genau so ein Blatt Papier geblieben, wie die 10 Forderungen des A. D. G. V.

Warum liegt das? Daran, daß die Sekretäre der industriellen Verbände Berater und schlaue Kerle sind und keine Energie haben? Daran, daß die Gewerkschaftsbeamten, Helfersbesser des Kapitals und faule Buzgen wäre? Weder das eine noch das andere ist der Fall, weder das eine noch das andere wird ein vernünftiger Mensch annehmen. Der wahre Grund ist vielmehr, daß wir heute noch ein Deutschland haben unter einer rein kapitalistischen noch unter einer rein proletarischen Diktatur leben. Weder hat die Sozialdemokratie in den Parlamenten die Mehrheit noch ist die Arbeiterbewegung so einflußlos, daß man über ihren Einspruch einfach zur Tagesordnung übergehen könnte. Industrie einerseits und Gewerkschaften andererseits können und müssen ihre Forderungen aufstellen, aber sie dürfen und können nicht erwarten, sie einfach reiflos durchzusetzen. Die 10 Forderungen des A. D. G. V. waren ein Panzer, das die Gewerkschaften aufgezogen haben, eine Barade für den Steuerkampf. In diesem Sinne haben sie ihre Schuldigkeit getan. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben mit allen Kräften und zweckmäßigen Mitteln danach getrachtet, soweit wie möglich von den 10 Forderungen des A. D. G. V. durchzusetzen. Was im Steuerkompromiß festgelegt wurde, war das praktisch Erreichbare. Wahrscheinlich hätte ein gut Stück mehr durchgesetzt werden können, wenn die U.S.P. sich bereit erklärt hätte, dem Kabinett Wirth zur Steuerfreiheit zu helfen. So mußte man sich mit dem Steuerkompromiß zufrieden geben.

Daß diese unsere Auffassung von der Tragweite der zehn Punkte des A. D. G. V. richtig ist, beweisen gerade zur rechten Zeit einige Aufträge, die im Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Fritz Tarnow veröffentlicht hat. Klipp und klar wird dort ausgesprochen, was ist:

Die Forderung nach Sachwertverfassung ist der erste der 10 Punkte. Ihr folgen weitere, die aber ebenso wenig wie die erste etwas ganz Neues waren. In den Gewerkschaften, wie in den politischen Parteien wurden sie bereits seit mehr oder weniger langer Zeit diskutiert und verfochten. Daß sie zu einer öffentlichen Kundgebung zusammengestellt wurden, erklärt sich aus der Situation, die selbst den unverschämten Bedingungen der Industriellen die entgegengelegten Forderungen der Arbeiterklasse entgegenzusetzen. . . . Die Kundgebung war eine Aufforderung an die Regierung, durch die Befreiung und die politischen Parteien den Industriellen mit ihren Bedingungen die Tür zu weisen.

Diejenigen, die glaubten, daß die Gewerkschaften nun zu einer „Aktion“ auslösen müßten, um die gegenwärtige Regierung zu stürzen, haben sich allerdings sehr rasch getäuscht. Die Taktik der Gewerkschaftsvertreter war vielmehr darauf eingestellt, der Regierung Wirth den Rücken zu stärken gegenüber dem Vorstoß der Industriellen. Wer die gegebene politische Konstellation übersehen kann, wird sich kaum im Zweifel darüber befinden, daß das Ergebnis des Regierungswechsels im günstigsten Falle die Wiederkehr einer ähnlich zusammengesetzten Koalition, wahr-

scheinlich aber einer weit mehr rechts gerichteten Regierung sein würde; von den außenpolitischen Beziehungen und finanzwirtschaftlichen Folgen eines Regierungswechsels im Augenblick gar nicht erst zu reden. Es wäre ein Schandspiel für Arbeiter und Weisen, wenn ausgerechnet die Gewerkschaften zum letzten Kampfmittel gegriffen hätten, um auf den Ministerpräsidenten Platz zu machen für die Leute im Schilde und Helfers! Das Programm der 10 Punkte ist ebenso wenig erfüllt, wie die anderen politischen und wirtschaftlichen Forderungen, um deren Erfüllung die Arbeiterklasse dauernd kämpft.

Hier ist die Schlinge des Steuerkampfes völlig klar umschrieben und es kann keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokratie sich mit den Gewerkschaften oder den Arbeiterinteressen im Widerspruch gesetzt hätte als sie dem Steuerkompromiß zustimmte. Sade der gesamten Arbeiterbewegung wird es sein, mehr Kraft und mehr Einigkeit zu gewinnen, um bei künftigen Steuerkämpfen auch mehr durchsetzen zu können.

Badische Politik

Arbeitergerichte

find ebenfalls bei der allgemeinen Reform unseres Gerichtswezens in Aussicht genommen. Sie sollen eine Zusammenfassung des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichts sein und an die ordentlichen Amtsgerichte angegliedert werden. Das badische Justizministerium begrüßt dies, wie es in der Sitzung des Hausparlamentes mitteilen ließ, in welcher der Beratung des Voranschusses für das Justizministerium darüber gesprochen wurde. Diese Arbeitergerichte seien zuständig ohne Rücksicht auf die Höhe des Streitgegenstandes für Auslegung auch der Tarifverträge, für gewisse Vorschriften des Betriebsvertrages, für die zu schaffende Lohnarbeitsordnung usw. Vorsitzender soll ein Richter sein, die Beisitzer seien aus Laien, aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die im Verhältniswählerverfahren gewählt sind, zusammen. Die Stellung des Arbeiterrichters soll eine möglichst gehobene sein; auch ist an die Übernahme der nichtrichtlichen Beamtent der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte gedacht. Die Berufung an ein Landarbeitsgericht ist zulässig; die Revision soll an das Reichsarbeitsgericht erfolgen. Dieses besteht aus 5 Mitgliedern und 2 Arbeiterrichtern als Beisitzern; sie sollen besondere Kenntnisse haben und von sozialer Gesinnung sein. Der Justizminister beschränkt dann noch die Zulassung der Rechtsanwältinnen und fügte hinzu, daß Rechtsanwältinnen direkt ausgeschlossen seien.

Ein sozialdem. Vertreter erklärte, er sei mit der Aufgliederung der genannten Gerichte an die Amtsgerichte einverstanden, aber die Aufschaltung der Rechtsanwältinnen für die Fälle, die schlage direkt zum Richter der Arbeiter aus. Die Unternehmer könnten sich von ihrem juristisch gebildeten Standpunkt behaupten lassen, den Arbeiter stünden solche Möglichkeiten nicht zur Verfügung. Ein Zentrumsdemokrat wünscht keinen Anwaltszwang. Mit dem Entwurf für ein Arbeitsgericht sei er einverstanden.

Die 2000 Mark und die höheren Beamten

Ein sozialdem. Mitglied des Haushaltsausschusses schreibt uns:

Es kostete im Haushaltsauschuss noch einige Kämpfe, um die am vorigen Donnerstag noch Randtag für die unteren und mittleren Beamten beschlossenen Gehaltszulagen von jährlich 2000 M nur diesen zu gewähren. Der Beamtenbund trat für Gewährung an alle Beamte, ein deutschnationaler Antrag, der von Vertretern der Reichsbeamten und der Deutschdemokraten unterzeichnet war, für Ausdehnung bis zur Gruppe 12 ein. Es erfolgte Unterbrechung der Sitzung, um hierzu Stellung zu nehmen. Bei ihrer Wiedereröffnung erklärte der Staatspräsident dem im Auftrag der Regierung, daß sie den deutschnationalen Antrag ablehne. Das Gleiche erklärten auch Zentrum und Sozialdemokratie. Der Vertreter der Demokraten und Sozialdemokraten erklärte, daß die Aufhebung der 2000-Mark-Zulage aufhin keine Unterbrechung zurück. Der deutschnationale Antrag erhielt dann bei der Abstimmung nur noch 8 Stimmen, 18 Abgeordnete erklärten sich gegen ihn. Die soziale Gerechtigkeit hatte gefehlt, da im November 1921 die unteren und ein Teil der mittleren Beamten sehr schlecht weggekommen war.

Zunahme der Ehescheidungen auch in Baden

Zur Haushaltsauschuss befragte das Zentrum, als die Form der Ehescheidung über die Ehescheidung besprochen wurde, die Zunahme der Ehescheidungen und ersuchte den Justizminister um Vorlegung einer entprechenden Statistik. Dieser kam dem Ersuchen nach. Nach den Aufzeichnungen, die ab 1870 bis 1920, kamen die Ehescheidungen wie folgt vor: 1870—1879 durchschnittlich 62, 1880—1889 durchschnittlich 170, 1900—1909 durchschnittlich 277, 1910 durchschnittlich 422, 1914 durchschnittlich

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinstadgeschichte
Von Anna Croissant-Rust
(Kortkolumnen.)

Grübelnd und kopfschüttelnd sah sie Tag für Tag unter dem doppelten Schutz ihres großen grauen Leinwandhutes und des mächtigen Daches der Kinder, vor ein bißchen Konfus und schämte sich ein bißchen. Als sie zweiundzwanzig alt war, reich und blühend, hatte sie sich freilich noch mehr geschämt, obwohl sie den Vater des kleinen Mädchens genau anzuschauen wußte, was diesmal ganz und gar nicht der Fall war. Jetzt war sie zweiunddreißig, die, verkettert, mit Säcken unter den Augen und einem fast unheimlichen Umfang. Kein Mensch dachte daran, oder sah ihr an, daß sie bald dem kleinen Erzgebirgsbuben, dem späteren Kampfmacherfrüh, das Leben geben sollte.

Sie selbst wollte die Affäre auch vor sich nicht wahr haben, darum blieb sie fest auf ihrem Öderrinnenfuß bis zur letzten Minute. Ein Gluck, daß das Gewölbe, Salon, Wohn- und Schlafgemach der Dame Glode, sowie Öderrinnenkammer, in der allerersten Nähe war, sie hätte sonst keinen sicheren Fort mehr erreicht, kaum daß sie noch die paar Stufen hinunter kam.

Dies Geschehe und Gelächter unter den andern Öderrinnen! Dies Malen und Disputieren, diese Garde vor dem Gewölbe, als die Bekannte angerufen kam! Und erst als der Vater sollte ins Laufregulier eingetragen werden! Die Bewi Glode heute drinnen. Wenn sie sich doch die ganze Zeit schon besonnen hätte, wenn das doch ihr größter Schummer war! Was lag ihr an dem armen kleinen Kindel! Am Vater lag ihr und auf den konnte sie nicht kommen! Es verwirrte sie erst recht, daß man beständig in sich drang: „Ja, einen Vater muß er doch haben!“ Gewiß, recht, aber welchen?

Es mag sein, es ist die Sennenuß, oder der lange Padträger am Markt vorne, den Ramen woah i net, oder an anderer, oder der Nachbar Kampfmacher, na, der is es net, i mag niemanden unredt verdächtigen, schreibt halt niemanden ein und wart's bis er größer werd, wem er gleich sieht.“

„Was jetzt sieht er überhaupt ne amal an Kind gleich“, spöttele Madame Säpfein, die Amme, der es gar nicht paßte, den winzigen kleinen roten Wurm zur Schau zu tragen. Mit dem Zeit des Taufstiftens füllte er aus, und ihre familiären Taufhändchen fielen ihm bis zur Wale über das vercrumelte Kasten-

gestalt, das vorderhand noch wie das eines greinenden Hoshafens Affens aus den Äffen sah.

Den Ramen machte, nachdem der lange Padträger, den die Amme verfürberweise zitierte wollte, ausgerissen war, irgend einer, denn sie im Vorbeigehen aufgestellt. So kam der Frühl so gar um ein Festgefehl, was ihn in späteren Jahren noch giftete, und wesswegen er die Madame Säpfein, die ihm zum Eintritt in die Welt verholfen hatte, nicht leiden konnte.

Mutter Glode war es vorderhand nur darum zu tun, ihren Beruf, der unterhaltlich, wenn auch nicht aufwendend eintägig war, sobald als möglich wieder ausüben zu können.

Am fünften Tage nach der schmerzlichen Geburt Frühl's sah sie schon wieder, genau anzusehen wie vorher auch, unter dem grauen Schirm, und über ihr tangen die Sonnenstrahlen, wenn der Wind die dreilätzigen Linden oben bewegte.

Es war sommerlich warm und erquickend ihr angenehm, so mitten auf dem Marktplatz, mitten im Leben der kleinen Stadt zu sitzen, ein wenig schon zwar, aber mit dem Gefühl, etwas interessanter gemorden zu sein.

Später aber, als die Wärme anfangen die Blätter herabzujaßen, als sich manchmal ein gemessener Zaun bunten Herbstlaubes, von der Allee herabgewirbelt, um ihren Stand erhob, und die Leute laut feststimmten, daß die kleine, armetliche, allein-gelassene Kreatur im Gewölbe saß, daß ihre Lunge fast zerplatze, fand Mutter Glode, daß das Wandeln zwischen dem Gewölbe für ihre stets zunehmende Körperfülle zu beschwerlich sei. So sagte sie den Entschluß, einen Strich unter die Achsel eines Öderrinnenbogens zu machen, und — als Zeichen der endgültig entschwindenden Jugend — von nun an in Büschen und Ehren ihre Äpfel und Birnen, ihre Zitronen und Äpfeln ihr Johannis- und Mehlentrost, die ersten und letzten Äpfeln und „Zweigschen“ vor ihrem Fein, dem Gewölbe, auszubereiten.

Da konnte sie — und sie fand ihr Tun bald sehr lässlich — wenn draußen der Wind rumpelte, oder gar schon Schnee fiel, unangekocht von Kälte und Sturm im Gewölbe sitzen, das sie sonst nur zur ganz strengsten Winterzeit bezogen hatte.

Wozu so unerköflich wie auf dem Marktplatz wars nicht, aber doch recht vernünftig, durch die Gestalt zu erspähen, wer da vorbeiging oder sich drüben in der Löwenapostel oder in dem großen „Spegerladen“ etwas holte. Als Wirtshaus empfand sie freilich, daß sie mit anderen mußte, wie bunt es der kleine Walz nebenan trieb.

Eine Unge hatte der Zwerg! Die stand in gar keinem Verhältnis zu dem Fräulein und Körperchen, das man immer

erst in den Weiständen suchen mußte. Zwei Stufen höher als das tiefelegene Gewölbe lag nämlich das „Kabinett“, Ecklosgemach der Dame Bewi, vor kurzem Ort des „accouchements“, jetzt Kinderzimmer, dabei Küche, Garderobe und im grimmigen Winter auch Empfangszimmer für etwaige Besuche. Es hatte die Länge des Gewölbes, war aber so schmal, daß Mama Bewi nur mit Mühe die gewichtigen Teile ihres Körpers zwischen Bett und Kommode durchzwängen vermochte.

Run stand außer der alten Kommode, dem alten Schrank, einem alten Holzofen und anderem alten Gerumpel noch der Korb mit dem neuen Jungen darin, und Mutter Glode begann sich nicht ganz unnützlich in die Enge und Wirtshaus des Kabinetts. Die Mauern waren dick und die Türe hielt sie geschlossen, das Schreien des fetten Knaben mußte schon moderat werden, ehe sie aus Luftsehen durfte.

Jetzt, da sie den Weg von ihrer Behausung zum Stand nicht ein paarmal am Tag hin und her zu machen gezwungen war, nahm ihre Umfang täglich zu, ja sie glich eher einer wandelnden schwammigen Fettpyramide, denn einem auch nur einigermaßen geformten weiblichen Wesen.

Wenn sie ging sah sie aus, wie wenn sie auf ein Brett mit kleinen Nadeln gestellt wäre, das eine unsichtbare Hand an einer unsichtbaren Schür hinter sich dreht.

Aller unnötigen Beschäftigung abhold, wor ihr die mit dem Kinde in den Tod zuwerfen. Konnte denn der Krebsrote Korb mit den spindefürnen Nadeln, der stets anstoh, als sei er am Erhden, nicht endlich einmal den Zweck erfüllen, den Mutter Bewi für seinen einzigen Heil, nämlich, — sich möglichst bald aus dem Staube zu machen? Kein, voll ausgeputzter Posseit blieb er leben, genau wie er eben diese Posseit dadurch bewies, daß es ihm auch in der Folge gar nicht einfiel, einem der muntelstlichen Väter zu glücken.

„Wo der Bua ner des G'mit her hat?“ fragte sie oft und oft die dicke Wiesnerin, ihre Kollegin, die manchmal ihre Abendstunden machte. „Von mir doch net! Ich bin alleweil unermüht und g'fällig gewesen, und er is es net. Es is g'wiss wahr, ein Zertum, und ich lomm's gar net glauben, daß grad ich sei Mutter worden bin. Bemängelt hab ich's net auf ihn g'habt und entbehen konnt ich ihn leich.“

Die dicke, ausgeputzte Wiesnerin verstand das sehr gut. Sie hatte es auch nicht auf ihre zehn „Gemüht“, und hätte sie auch leicht entbehen können.

(Fortsetzung folgt.)

456, 1915 durchschnittlich 288, 1916 durchschnittlich 268, 1917 durchschnittlich 317, 1918 durchschnittlich 429, 1919 durchschnittlich 728, 1920 durchschnittlich 1150, 1921 durchschnittlich 1090.

Das ist aus diesen mancherlei Schlussfolgerungen, insbesondere für die Kriegszeit, eben lassen, ist ohne weiteres klar. Welchen Weg die Gesetzgebung bezüglich der Erbschaftsteuer einzuschlagen hat, wurde durch die Annahme des Antrages Marum-Glaser, der den Zerrüttungsverhältnissen in der Erbschaftsteuerung trägt, und dann die Entscheidung der Reichsregierung, die diesen Antrag in unserem Blatte in seinem Wortlaut veröffentlicht.

Die Pressefunktionen machen immer weitere Fortschritte. Der Verlag der „Heidelberger Neuesten Nachrichten“ und der Verlag der „Badischen Post“ (Heidelberger Verlagsanstalt und Druckeret. v. m. b. H.) haben einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Druckeret. der beiden Firmen unter der Geschäftsleitung des Verlagsleiters der „Heidelberger Neuesten Nachrichten“, Dr. Fritz Schulze, zu einem Betrieb vereinigt werden. Die wirtschaftliche und redaktionelle Selbständigkeit der Zeitungen, sowie deren politische Haltung und Zusammenfassung der Redaktion sollen, wie mitgeteilt wird, durch die Vereinigung der beiden Druckeret. in keiner Weise berührt werden.

Die Badische Elektrizitätsversorgung A.G. (Badenerwerk) veröffentlicht eine Bekanntmachung über die Ausgabe von 345 Millionen auf den Inhaber lautende Prozentige Teilschuldverschreibungen von 1921. Diese werden in Stücken von 1000, 5000 und 10000 M. ausgegeben. Die Einlegung erfolgt zu 102 Proz. mit jährlich mindestens 1 Proz. des ursprünglichen ausgegebenen Betrages im Wege der Auslösung. Die Teilschuldverschreibungen sind reichsmündig. Die Emission war für 1921 zu 99 Proz. erfolgt. Die Gesellschaft ist im Juli 1921 mit 30 Millionen Grundkapital gegründet worden, die sich völlig im Besitz des Landes Baden befinden.

Eine notwendige Klärung

Auf unsere Aufforderung, die Anlagen und Beschuldigungen zu beweisen, die Genosse Dr. Wolke auch gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erhoben hatte, erhalten wir die nachfolgende wortlich zum Abdruck gebrachte Zuschrift. Um den Raum der heutigen Ausgabe des „Volksfreund“ nicht allzu übermäßig mit dieser Angelegenheit zu belasten, werden wir in der morgen erscheinenden Ausgabe dem Genossen Dr. Wolke antworten.

Dankend benutze ich die mir von der Redaktion des „Volksfreund“ gebotene Gelegenheit, einige Bemerkungen zu rechtfertigen, die ich in der Freiburger Volksmacht veröffentlicht und in einer Besprechung der Heiligscheider Angelegenheiten habe, und die — leider — bei Parteigenossen Anstoß erregt haben. Die erste dieser Bemerkungen war folgende:

„Wer hat das unsoziale Besoldungsgeheiß bewilligt, das ganze Besoldungsgruppen unter dem Ertragsminimum läßt, den Reichsministern mehr wie das gemeine Volk, die Einkünfte unterer Besoldungsgruppen gibt? — Leider auch die Abgeordneten unterer Partei; man schämt sich, das zu sagen. Wir wissen, daß sie sich auf mildere Umstände berufen, weil ihnen die Besoldung — das heißt wohl die Ministerialbeamten der Besoldungsgruppe 13 und höherer Gehälter — die Wipole auf die Brust gelegt haben: „Entweder bewilligt für den höchsten Gehaltsanspruch so viel oder es gibt für keinen Beamten eine Gehaltssteigerung.“ Aber für Sünden wider den heiligen Geist des Sozialismus gibt es keine milderen Umstände und die Abgeordneten hätten durch energische Ablehnung dieser Besoldungsordnung eine bessere erzwungen können.“

Mit diesem Scherz muß man auch von Genossen den Unterschied hören: Wenn man nicht hoch gehen, gehen die besten Kräfte in den Privatberuf, in die Industrie, in den Handel. Nein! Die höchste Leistung entfpringt dem heiligen Feuer in der Brust, nicht der Ladung des Geldes. Welche hat seinen Hauch nicht geschrieben, um Geld damit zu verdienen. Einem Menschen, der die Fähigkeit hat, ein Reichsminister zu sein, der aber um Mammons willen in den Dienst eines Truhs geht, den soll man zu seiner Futterrippe laufen lassen. Und wenn Großbanken und Industriekonzerne Staatsangehörige zahlen können, so zeigt das nur, daß unsere Abgeordneten ihre Pflicht nicht getan haben: Sonst hätten sie diese großen Geldsätze durch Steuern beratig erleichtert, daß sie nicht in ständem wären, unsoziale Gehälter zu zahlen.“

Daß der Vorwurf der Verschwendung im letzten Satz nicht die sozialdemokratischen Abgeordneten trifft, ergibt sich aus dem Zusammenhang; denn sie allein können keine Steuererhöhung schaffen, weil sie nicht die Mehrheit darstellen. Dagegen kann ich meine Billigung der Annahme des neuen Besoldungsgeheißes nicht widerrufen, trotz der Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei, die Abgeordneten unserer Partei Anstrengungen gemacht haben, es zu verbessern. Der Hauptpunkt ist, wie ich gleich zeigen werde, um die Idee des Sozialismus. Wenn ich in dem „Badischen Beobachter“ mich „weniger maßlos“ ausgedrückt und nur von dem „Reformer“ der Annahme dieses Gesetzes gesprochen habe, so hat das seinen guten Grund. Von dem Standpunkt der bürgerlichen Weltanschauung aus kann es sich um nichts weiter handeln als höchstens um einen „Reformer“, denn nach bürgerlichem Standpunkt entspricht es der gottgewollten Weltordnung, daß der eine Mensch zehn oder hundert oder tausend Mal so viel einnimmt als der andere. Und trotzdem wäre bei uns in Baden, wie die Haltung des gesamten badischen Landtags gezeigt hat, ein so unsoziales Gesetz nicht möglich gewesen. Nur die von preussischen Herren und Mächtigen verordnete Luft von Berlin machte das möglich.

Es handelt sich hier gar nicht um eine kleinliche Gehaltsnörgerei, sondern um viel tiefer liegende Dinge. Die stärkste neidende Kraft des Sozialismus ist nicht so sehr die wirtschaftliche Erkenntnis von der Verteilung unserer Wirtschaftsgüter, sondern der gerechte Verzecht der sozialen Gerechtigkeit. Das Rechtsgesetz ist nicht mehr Anhänger in unser Lager als das soziale Parteiidam. Die Tatsache, daß ein arbeitsloser Mensch manchmal nicht das Notwendigste zum Leben hat, während ein anderer so viel einnimmt, daß hundert Familien davon leben könnten, war stets unser bestes Motivationsmittel. Denn wir haben stets verstanden: Wir müssen dafür sorgen, daß das Einkommen, wie es werden stets darauf hinwirken, daß die Spannung zwischen höchsten und niedrigen Einkommen verringert wird und niemals werden wir die Hand dazu bieten, daß sie vergrößert wird.

Und nun? „Wie kommt es sonst so tapfer schmähen um.“ Jetzt haben wir einen Rüdigung angetreten, der uns den Verlust eines ganzen Jahres beheben kann. Wer zur Zeit der Marktschwäche auf der Karte die Orte aufsuchte, aus denen die Eisenwerke herkömten, der konnte trotz Kriegspresseamt die unserer Niederlage, eine Barometerkala, auf der wir in Baden, unheimlichen Zahlen des Sinkens unseres Barometerstandes ablesen können: Das von der Nationalversammlung beschlossene Besoldungsgeheiß setzte den niedrigsten Grundgehalt auf 4000 M., den Reichsministern auf 50 000 M. Von letzteren gingen damals etwa 13 000 M. Steuern ab. Ohne Berücksichtigung der Steuern Reichsministergehalt das 12fache des niedrigsten Gehalts, das der neuen Besoldungsordnung ist der niedrigste Grundgehalt 7500 M., der höchste Grundgehalt der Klasse 13: 80 000 M.

und der Reichsministergehalt 180 000 M. Es beträgt also der Höchstgehalt der Klasse 13 jetzt das 11fache, der Ministergehalt das 24fache des niedrigsten Gehalts. Bedürfen diese Zahlen einer Erläuterung? Ja, mußte den Gehalt der Reichsminister mit in Betracht ziehen, weil zwischen ihm und Gruppe 13 eine große Zahl von Einzelgehältern höherer Würdenträger eingeschaltet sind und diese Zwischentufen auch im Haushalt unserer Städte eine große Rolle spielen. Es ist es natürlich nicht, wie ein Genosse vielleicht annehmen, aus Reich gegen die Ministergehälter. Ich finde die Ministergehälter auch keineswegs zu hoch; bei einem Teuerungszuschlag von nur dem dreifachen der Friedenspreise — Lebensmittel und Heizung sind schon beim 40 bis 50fachen angelaufen — stellen sie einen Friedensgehalt von 6000 M. dar, während der preussische Minister 30 000 M. Friedensgehalt bekam. Aber ich finde die unteren Gehaltsgruppen zu niedrig und die Verengung der Spannung zwischen Hoch und Niedrig empfinde ich als eine Verletzung unserer Prinzipien.

Wäre eine Aufwärtsbewegung unserer Saluta eingetreten, so wäre der Fehler nicht wieder gut zu machen. So kann man durch Erhöhung der unteren Stufen die auseinandergezogene Ziehharmonika der Gehaltsstufen wieder zusammenziehen. Der badische Landtag hat das in Berlin angeregt.

Von parteigenössischer Seite wurde mir geschrieben, ein Reichstagsabgeordneter habe geäußert: Die unteren Gehaltsgruppen müssen die Einkünfte gewinnen, daß wir ein armes Volk geworden seien. Der Abgeordnete meinte natürlich, auch die unteren Gruppen müssen das einsehen. Aber der Ausspruch, daß dem Höheren nicht Licht im Ohr, weil dieser jedenfalls dachte, auf dem Wege zu dieser Einkünfte liegen die unteren Gruppen der Höheren gern den Vortritt. Ich bin also in der Partei nicht der einzige Vögler.

Die zweite Bemerkung, die ich zu rechtfertigen habe, ist folgende:

„Nicht der Reichsliste wegen, sondern wegen des Beispiels sind wir gegen die übermäßigen Gehaltsunterstützungen. Nur das Beispiel formt den Geist der Masse. Nicht durch schöne Reden hat Jesus von Nazareth das Christentum begründet, sondern durch das Beispiel seines reinen Lebens und seines Opfertods. Daß unsere Reichstagsabgeordneten für sich selbst auskömmlich gegolgt haben, nehmen wir ihnen nicht übel. Aber ein Ehrenamt verpflichtet! Sie durften erst für sich selbst sorgen, nachdem sie für die unteren Stufen der Beamten gesorgt und setzen unter dem Ertragsminimum Besolde fest.“

Früher besaß der Reichstagsabgeordnete keinen Feinungsentwicklungsplan. Bismarck wiederholte sich dem. Das war von seinem Standpunkt vielleicht klar, vom Standpunkt der Volkswirtschaft aber falsch. Denn dadurch wurde der Abgeordnete ein Privileg der Wohlhabenden — oder eine Belastung der Partei. Es ist aber unangenehm, wenn die in Parteien Organisierten allein für die Beschaffung der für das ganze Volk notwendigen parlamentarischen Tätigkeit aufkommen müssen. Deshalb führte man später Anwesenheitsgelder von 20 M. am Tag ein. Die Nationalversammlung setzte neben freier Fahrt die Aufwandsentschädigung des Abgeordneten, die als solche steuerfrei ist, auf 1500 M. im Monat fest. Durch Gesetz vom 30. Dezember 1921 wurde ein Teuerungszuschlag von 2000 M. im Monat hinzugefügt. Das macht im Jahre 42 000 M. Das ist keineswegs zu viel. Da aber der Reichstag vielleicht höchstens die Hälfte des Jahres tagt und soweit der Abgeordnete auch noch einen anderen Beruf ausüben kann, kann man wohl die Entschädigung als „auskömmlich“ ansehen. Die Gehälter gegenüber dem früheren Zustand sind, wie die Zahlen ergeben, auf das 24fache. Die Erhöhung der unteren Beamten-Gehaltsstufe von 4000 auf 7500 M. ist nicht das 2fache. Wahrscheinlich haben die Abgeordneten bei der Billigung in der Höhe, mit der jetzt alle Gehälter gemacht werden müssen, diesen Umstand übersehen, sonst hätten sie sicher gesagt: Wir dürfen unsere Bezüge keinesfalls um einen höheren Prozentsatz erhöhen, als die unteren Gehaltsstufen. Solche Zustimmung setzen wir bei jedem voraus, der sich zu der vornehmen Weltanschauung des Sozialismus bekennt.

Auf eins noch muß ich hinweisen. Offenbar auf Inspiration der Ministerialräte des Reichsfinanzministeriums wurde in den Zeitungen für die neue Besoldungsordnung dadurch Stimmung gemacht, daß man ausrechnete, wie viel Steuer die höheren Gehälter zahlen müßten. Nachdem nun die Besoldungsordnung unter Dach war, ermahnte man die Einkommensteuer schon in Vorbereitung, als die Besoldungsordnung vorgelegt wurde. Im Finanzministerium mußte man also jedenfalls, daß sie kommen werde. Es ist deshalb, meiner unmaßgeblichen Ansicht nach, ein Zufall, wenn man trotzdem die Einkommenssteuer auf Grund der bisherigen Steuerlast in die Welt gehen ließ. Leicht könnte das nach den Kriegserfahrungen nicht mehr so unbedingt regierungslaubig. Wenn den Argwohn schöpfen, es sei absichtlich getuschelt worden. Hierin trifft aber unsere Abgeordneten keine Schuld.

Die Freiburger Volksmacht, in der ich mich dasheim fühle, kennt mich ebenso wie ihre Leser nicht kennen. Sie hat mir jedenfalls feinerliche Verleumdung gegen die Parlamentarier unserer Partei angetraut und hat vielleicht geglaubt, Stimmungen ihrer Verleumdung Ausdruck geben zu müssen, auch wenn diese nicht alles Tun unserer Reichstagsfraktion billigen. Wir haben doch nicht einen Reiter entführt, um einhundert 800 zu töten und wir wollen doch den Reichstagsparlamentarismus nicht zugunsten der Reichstagsabgeordneten wieder einschränken. Wer da kommt an der Strafen, muß die Leute reden lassen. Die Verleumdung ist gefährlich für das deutsche Gemein und es ist dem Abgeordneten, wenn sie von jenseits der Elbe zurückkommen, ganz gut, hat der Reichstagsabgeordnete ein solches offenes Klima um sich zu haben. Diesem Reichstag ist es nicht um mein, ohne jede verleumdende Absicht und ohne in Respekt vor Autoritäten zu erheben.

Muß ich mich noch rechtfertigen, weil ich öffentlich gegenüber dem „Badischen Beobachter“ war? Zur Unschicklichkeit liegt doch am allerwenigsten gegenüber dem Zentrum ein Grund vor. Außerdem verhalte ich mich höflich zu sein und schätze mit bestem Dank für die mir von dem sehr geschätzten „Volksfreund“ gewährte reiche Gastfreundschaft. Volke.

Gemeindepolitik

Stuttgart. Eine Ausländersteuer. Der Gemeinderat beschloß die Einführung von Gebühren für Erteilung von Einreise- und Aufenthaltserlaubnissen an Ausländer. Sie betragen sich im Rahmen von einer bis 300 M. Auch eine Abfindung nach den einzelnen Ländern sowie den Vermögens- und Salutarverhältnissen wurde vorgeschlagen.

Dortmunder Eisenbahn A.G. Mannheim. Das Grundkapital der neu gegründeten Gesellschaft beträgt 200 000 M. Die Gründer, die sämtliche Aktien übernommen haben, sind die Stadtgemeinden Mannheim, Heidelberg, Weinheim, die Gemeinde Niefernheim und Neuen-Weinheim G. m. b. H., Bad. Dürkheim.

Freiburg, 4. Mär. Auf Vorschlag der politischen Parteien wurde für Freiburg ein Mietzins-Sachverständigenausschuß gebildet, dem sieben Hausbesitzer und sieben Arbeiter angehören. Dieser Ausschuß, bei dessen Zusammensetzung man möglichst sämtliche politischen Parteien berücksichtigen, ist zunächst mit der Ausarbeitung von Richtlinien für die Preisbildung in Mietzinsangelegenheiten betraut worden. — Der Mieterverein hat in einer öffentlichen Versammlung die Erhebung einer Wohnungs-

steuer und die gesetzliche Einführung eines Wohnungs-lausiers gefordert. Dementsprechende Eingaben werden der badischen Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Jugend und Sport

Tagungen der Arbeiter-Radfahrer. Der Bezirk 5 des Landes 23 des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ hält am Sonntag, den 12. März, vorm. 10 Uhr, im Vereinslokal „zur Stadt Straßburg“ in Oberkirch seine Frühjahrs-Konferenz ab. Mögen die Beschlüsse dieser Tagung zum Wohle unserer Sportbewegung im Bezirk ausfallen. J. Sch.

Der ordentliche Bezirkskongress des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“, Gau 23, Bezirk, findet Sonntag den 12. März, vorm. 10 Uhr, in der „Linde“ in Wolfartsweier statt. Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Vortrag des Gen. Eisele-Karlsruhe. 3. Anträge. 4. Bezirksausfahrt und Wettbewerbsfahrten. 5. Wahl des Ories der nächsten Konferenz. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein. Jeder Delegierte muß mit einem Mandat versehen sein. Anträge sind bei Beginn der Konferenz einzubringen.

Berichtszeitung

Schmugglerprozeß. Bei Gerichtsverhandlungen über Schmuggler und Schieber wurde in letzter Zeit wiederholt festgestellt, daß deutsche Schmuggler, wenn sie in der Schweiz mit ihrer Ware angekommen sind und den Eingangszoll dafür bezahlen, die schweizerischen Grenzbehörden ohne weiteren Anstand die Ware durchlassen. Und auch gegen die Schmuggler haben sie nichts einzuwenden, da ohne die nötigen Ausweis-papiere die Grenze überschritten. Aus Nacht und Nebel taucht ein Schmuggler auf, vollbeladen mit Waren. Ordnungsgemäß geht er aber zum Zollamt, um die Ware zu verpacken. Dann verschwindet er wieder in der Nacht. Diese Tatsache wurde auch bei der Woche bei einem Prozeß gegen fünf Schmuggler, die Argentinien und Fahrräder mittels Boot nach der Schweiz brachten, festgestellt. Mahlbacher aus Illensbach kaufte mit Hilfe schweizerischer Schmuggler und Lang in Horn-Stein Argentinien und Fahrräder auf und brachte sie mit Hilfe schweizerischer Fischer im Boot nach der Schweiz. Land schmuggelte im Auftrag des Genies Wauer in Gatenhofen 50 000 Schweizer Stumpfen heraus, wobei der Güterbesitzer Wauer in Gatenhofen behilflich war und die Ware einlegerte. Lang hat ferner den Grenzfürsicher Dietrich bestochen (600 M.), daß er den Schmuggel dulde. Urteil: Mahlbacher 6 Monate Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe (oder weitere 60 Tage); Lang 3 Monate, 41 000 M. Geldstrafe (oder weitere 6 Monate) und 20 000 M. Wertersatz; Dietrich 6 Monate, 1000 M. Geldstrafe (oder weitere 10 Tage) und Einzug des Besoldungsgeldes; Wauer und Wauer je 40 000 M. Geldstrafe (oder je 6 Monate) und Einzug des entgangenen Wertes von je 20 000 M. bei gesamtverbindlicher Haftung mit Lang.

Bewerkschaftliches

Kommunistische Berichterstattung

Man schreibt uns: Die „rote Fahne“ Nr. 46 vom 21. Februar bringt in 105 Zeilen einen Bericht aus R. H. 1, in welchem die Gewerkschaftsangehörigen A. vom Transportarbeiterverband und A. vom Metallarbeiterverband als die größte Schädlinge der Arbeiterschaft hingestellt werden. Die Kartellierung wird als aus den unfähigsten Männern bestehend bezeichnet, außerdem wirft man einem Kehler Parteigenossen seinen roten Spieß vor. Der ganze Artikel ist ein Sammelsurium von Entstellungen und Verleumdungen, die zu widerlegen zunächst hier nicht der richtige Platz ist. Das Gericht wird feststellen, daß in diesem Berg von Unwahrheiten, den hier die Kommunisten ihren Lesern vorführen, kaum ein Körnchen von Wahrheit enthalten ist.

Zur Kennzeichnung kommunistischer Unwahrheiten sei nur folgendes Satz angeführt, wie er in der „roten Fahne“ steht: „Die Arbeiter und Beamten hatten noch im letzten Jahre durchgesetzt, daß sie entlohnt werden nach dem Reichslohngesetz (1) sie sollten aber nur 96 Prozent davon erhalten.“ Nach den Vereinbarungen mit dem Betriebsrat, der sich energig dafür einsetzte, daß das Brot und die anderen Bedarfsartikel für die Kleinbahner so teuer sind wie für die Reichseisenbahner (?) sprach die Direktion den Kleinbahner 96 Prozent und 4 Prozent Teuerungszulage zu. Was tat nun Herr Reimüller, als wieder Verhandlungen waren? Man höre und staune. Er legte der Direktion einen A- und B-Tarif vor, der die Beamten mit 84 bezw. 86 Prozent und die Arbeiter mit 98 bezw. 96 Prozent vom Reichslohngesetz (?) vorzies, zweitens sollten nach Abmachung mit dem Betriebsrat einerseits und der Generaldirektion andererseits die obigen vollen 96 Proz. und 4 Proz., also vollen Reichslohne automatisch mit den Löhnen der Staatsbahn laufen.“

Es wird dann weiter in dem Artikel behauptet, daß die beiden Verbandsvertreter eigenmächtig die Abmachungen des Betriebsrates mit der Generaldirektion über den Lohnen geworfen und besondere Abmachungen getroffen hätten und die Verteilung des Reichslohngesetzes hätte die „Schurerei der beiden Generalvertreter“ noch verteidigt. Das ist die absolute Wahrheit in dem abgedruckten Satz ist, daß tatsächlich der Betriebsrat der Kehler Nebenbahn, mit der Gd. ein Abkommen getroffen hat, welches für die Beamten 98 bezw. 96 Proz. von der Reichsbesoldung vorsieht. Hälfte der Betriebsrat diese Unwahrheit nicht gemacht, dann wäre es möglich gewesen, ebenf. auf den 100satz zu kommen. Für die Arbeiterschaft wurden tatsächlich durch das Eingreifen der Verbandsvertreter die vollen Löhne herausgeholt, wie sie das Reich seinen Eisenbahnern bezahlt, trotzdem die Beamten für sich die 98-96 Proz. vereinbart hatten. Die oben genannten beiden Tarifverträge A und B für Privatbahner sind reichsverbindlich, im Tarif B für Arbeiter sind überhaupt keine Löhne vorgesehen, während der Tarif A für unentgeltliche Wohnen laut einem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums wohl von 84 Proz. der Reichsbesoldung für die Beamten vorsieht, die jedoch bis zu 100 Proz. nach Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber gesteigert werden können. Wie bei den Reichseisenbahnen im allgemeinen, so liegen die Verhältnisse bei den Privatbahnen im besonderen, ein kommunistischer Betriebsrat braucht dies allerdings nicht zu wissen, und nur zu gerne will derselbe nun seine Dummbetten den Gewerkschaftsfunktionären anhängen. Der Betriebsrat der Kehler Nebenbahn Herr W. u. J. aus R. H. 1 kündigt nun ein Schwarzbuch über den „Berat der beiden“ an. Wir wünschen ihm schon heute Glück zu seinem Vorhaben, es wird sich zeigen, wer zuerst unter die Räder kommt. Der Kehler Arbeiterschaft aber möchten wir zurufen, sie möchte sich doch nicht weiter von solch unwahren Köpfen durcheinander machen lassen, denn gerade diese haben bisher noch immer bewiesen, daß sie niemals in ständem sind, irgend etwas besser zu machen, sie führen die Arbeiterschaft lediglich ins Unglück. Beweis dafür ist, daß durch die Organisations für die Streckenarbeiter neuerdings als Nachzahlung für den Monat Januar bis zu 80 M. Abschluß pro Stunde herausgeholt wurde, die der Betriebsrat ohne die beteiligten Arbeiter zu hören, einfach abgeschafft hat. Nun können diese Arbeiter mit den früheren Löhnen weiter beglückelt, einen großen kommunistischen Geist geniert dies nicht, denn es geht uns ja immer noch besser, wie den russischen Arbeitern und deren Kinder. A. R. 1.

Aus der Vor

Karlruhe, 7. März

Geschichtskalender

7. März, 1919 Beginn der Sozialisierungsdebatte in der Nationalversammlung. — 1921 Abbruch der Londoner Verhandlungen. Die Entente besetzt Düsseldorf, Duisburg usw.

Sozialdemokratischer Verein. Auf die nächste Woche, am 13. März stattfindende Parteiverammlung (Fortsetzung der Verhandlungen vom 22. Februar) machen wir unsere Parteimitglieder wiederholt aufmerksam.

Morgen Mittwoch abend findet der vom Bildungsausschuss veranstaltete Vortragabend mit dem Thema „Mädlerwahl“ statt. Referent ist Genosse Oberregierungsrat Dr. Vollen. Die Genossen und Genossinnen werden um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Bezirk Altpfarr. Sozialistische Jugendgruppe. Am Donnerstag abend punkt 8 Uhr Zusammenkunft mit Vortrag. Die Parteigenossen und Volksgenossen werden dringend gebeten, ihre Söhne und Töchter von 14-20 Jahren zu schicken, damit die Jugendgruppe leistungsfähig wird. Versammlungsraum ist das Rathaus bei der ehem. Altpfarr.

Bezirk Grünwäldel. Donnerstag, 9. März, abends 8 Uhr, findet im „Waldschen Hof“ Parteiverammlung statt. Gen. Stadtr. Beck-Karlruhe wird über „Die politische Lage“ referieren. Ein zahlreicher Besuch wird erwartet. Deshalb auf in die Versammlung!

Die Mißstände bei der Steuer

Das ist nicht schon alles gesagt und geschickt worden über das bürokratische System bei der Steuerveranlagung und über die Mißstände bei der hiesigen Steuerbehörde in der Kreuzstraße. Wir wollen uns beweisen, daß die Erbitterung eine ungeheuerlich große ist. Wir verlernen keineswegs die Schwierigkeiten, mit denen die Steuerbehörde zu rechnen hat. Aber verlangen kann man, daß solche Mißstände abgeschafft werden, die man leicht beseitigen kann. Daß die hohe Steuerbehörde in der Kreuzstraße dies nicht tut, sondern bei den Steuerzahlern der Schuldhaft überträgt, zeigt folgender uns mitgeteilter Fall:

Ein Hundebesitzer erhält eine Aufforderung wegen der Hundsteuer. Auf dem Zettel steht, daß die Steuer am Schalter 1 zu zahlen ist, auch der Besizer im Gebäude besond. daselbst. Zuerst müssen die Leute am Schalter 2 warten bis die Reihe an ihnen ist und dann wird ihnen zu ihrem großen Erstaunen eröffnet, daß sie am Schalter 2 zu bezahlen haben. Auch hier wieder langes Warten. Man sieht hieraus, daß mit voller Absicht die Steuerzahler gequält werden. Gibt es denn keine Behörde, welche diesem geradezu skandalösen Zustand ein Ende bereiten? Glaubt man denn, die Bevölkerung habe die Pflicht, sich von einigen rücksichtslosen Beamten zum Narren halten zu lassen?

Zur Vereinfachung des Systems bei der Veranlagung zur Einkommensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger macht ein Genosse in einer Zuschrift an uns nachstehenden Vorschlag, der sehr der Beachtung wert erscheint. Der Genosse schreibt:

Kann die Steuerbehörde den Vorwurf „E. S. Nr. 23“ ausfüllen, dann hat sie gewiß vom Arbeitgeber eine Aufstellung über das Einkommen und die bereits abgezogenen Steuerbeträge erhalten. Könnte man dann nicht diesen „Einkommensbescheid“ gleich richtig und endgültig aufbereiten, daß aus ihm hervorgeht, es ist so und so viel zu wenig oder zuviel f. B. in Abzug gekommen, dieser Betrag ist nachzutragen oder wird zurückbezahlt? Mit einigermaßen gutem Willen und etwas Heberlegung läßt sich das sicher machen. Man muß nur eines: sich aufraffen wollen, und zwar ganz ernstlich und energisch, allen alten, wenn auch noch so heiligen Bürokratismus abschütteln. Dann werden täglich viel, viel weniger Leute vor den dortigen Türen lauern und — schimpfen und ganz sicher weniger Schreihäufigkeit erwachen und die Geschäfte werden rascher erledigt sein. Es ist für niemanden ein Vergnügen, wegen der schon lange bezahlten Steuer sich allerhand Unannehmlichkeiten auszuweisen, wenn man überzeugt ist, daß ein kürzerer, einfacher und billigerer Weg zu finden ist.

Besteht für das Metzgergewerbe kein Koalitionsrecht

Vom Zentralverband der Metzger erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Maßnahmen des Karlsruher Obermeisters der Fleischerei, der einen Metzgergesellen wegen Verbandszugehörigkeit entlassen hat, macht Schule. Was der Obermeister der Jammung machen darf, das erlauben sich die anderen Metzgermeister auch. Der Metzgermeister Schüller, Ede Martin- und Baumeisterstraße, hat seine beiden Gesellen wegen Verbandszugehörigkeit entlassen. Es ist kaum glaublich, daß sich die Verbandszugehörigkeit in Karlsruhe das so ohne weiteres gefallen läßt.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Zum erstenmal: „Gobiva“. Schauspiel von Hans Frank. In dem zeitendsten seiner kleineren Gedichte beschreibt Alfred Tennyson, Englands letzter großer Dichter, die Sage von Vady Gobiva, die, um die Stadt Coventry von erdrückender Feuerlast zu befreien, unbeliebt durch die Stadt reitet. Frank hat um dieses Motiv ein solches Drama herum und sucht dem Wesel zum Radritt und seiner Ausführung psychologisch nahe zu kommen. Graf Leofig hat nach einjähriger Ehe von Gobiva seinen Sohn erhalten, weil sie, wie er meint, ihn zu paßt liebt. Das ist natürlich psychologisch Unfug. Um sie zu ärgern, beschließt Leofig, den alten Vady wieder einzuführen, daß am Sonntagabend die Stadt ein Mädchen nach zur Burg retten lassen müsse. Um dies zu verhindern, erklärt sich Gobiva bereit, den Radritt selbst zu tun. Leofig geht darauf ein, er will ihre Zurückhaltung durch diese Nothilfe heilen. Der Radritt findet statt, aber die Bürger Coventrys verbergen sich, um die Heilige nicht zu sehen, nur Leofigs Waise sieht nach ihr und wird blind. Gobiva und ihr Gatte finden sich am Schluß auf eine psychologisch nicht ganz geklärte Weise. — Dichterisch muß man dem Werk Ernst, Würde und hohe Schönheit zuerkennen. Auch dramatisch beruht es ein starkes Können, wenigstens in den Anfangsakt. Später erlahmt die Kraft, und irrige Gezoogenheiten füllen die letzten Szenen. Psychologisch muß man allzu viele Fragezeichen hinter die Personen und die Motivation ihrer Taten machen. Leofigs Charakter, aus Verantlich und Freiheit wunderbar gemischt, bleibt unverständlich. Ebenso Gobivas Bereitwilligkeit zum Radritt. Die am Schluß fast verwirrenden Fäden werden durch das Wunder der Verbindung Lamberss gelöst. Das Wunder auf der Bühne ist ein gefährliches Requitt; hier heißt die reiche Sprache und die dichterische Vertiefung über die Abgründe hinweg. Von den schwachen Stellen ist der 3. Akt wohl die schwächste, wo der Burgkaplan eine christlichtheologische Moraltheologie vom Stapel läßt, die einfach unmöglich ist. Günstigerweise hat die Regie stark gerettet, so daß die ganze Gewagtheit der Cheproblematik gemildert erschien. — Dem Grafen Vady Vaumbach seine vollkräftige Mäulichkeit, die heterogenen Bestandteile des Charakters flug dämpfend und zur Wahrheitsähnlichkeit vereinen. Die Gobiva hat Frau Ermarth stark verinnerlicht und zu einer wirklich fesselnden

Die Fleischereimeister von Karlsruhe gaben ihren Gesellen die schlechtesten Löhne von ganz Deutschland, dazu lassen sie die Gesellen noch bis zu 16 Stunden im Tag arbeiten, bei einem Lohn von 100 bis 150 M die Woche. Es ist notwendig, daß die Karlsruher Konsumtentenschaft sich dieser Herren einmal erinnert.

Mitteilungen aus der letzten Stadtratssitzung

Förderung des Wohnwesens. Der Stadtrat genehmigt in zwei Fällen Vorschläge zur Erstellung von 4 Einfamilienhäusern durch eine G. m. b. H. und eines Mehrfamilienhauses durch eine Einzelperson.

Veranschlagung des Stadtgartens. Dem Stadtgarten sind zur Veranschlagung seiner Anlagen 10 000 M angewendet worden. Dem Antrag des Stadtgartenkommissionen beschließen, unter Berücksichtigung dieser Mittel die Blumenreise südlich des Lauertdenkmal (kurz vor dem Aufgang zur Biergartenbrücke) mit Agaveen und Alpenrosen anzupflanzen und zu diesem Zweck entsprechend ungenutzter. Weiter wird im Einverständnis mit der Stadtgartenkommission die Anpflanzung eines künstlichen Brunnens an der Stümmmauer der Wolf-Anlage im Stadtgarten bei der Unterführung des Biergartenwegs dem Bildhauer G. Sutor und die künstlerische Ausschmückung des Brunnens am Südbau derselben Anlage dem Bildhauer August Meier über übertragen. Auch hierfür stehen Stützungsmittel zur Verfügung.

Erhöhung der Eintrittspreise für den Stadtgarten. Da im Wirtschaftsjahre 1922 mit einer weiteren erheblichen Steigerung des Aufwandes der Stadtkasse für den Stadtgarten zu rechnen ist — er wird voraussichtlich weit über 1 Million Mark betragen —, ist eine durchgehende Erhöhung der Eintrittspreise und sonstigen Gebühren für den Stadtgarten nötig. Der Stadtrat beschließt eine derartige Erhöhung gemäß den Anträgen der Stadtgartenkommission. Danach werden ab 1. April d. J. u. a. kosten: die Jahreskarte 50 M, die Karte für Familienangehörige 20 M, die Schüler- und Studentenkarte je 15 M, die Ferienkarte für Kinder 5 M, die Tageseintrittskarte für Erwachsene 2 M, für Kinder 1 M, der ermäßigte Eintrittspreis an Sonn- und Feiertagen 1,50 M für Erwachsene und 50 P für Kinder, der Zuschlag bei Konzerten für Abonnenten und Nichtabonnenten des Gartens 2 M für Erwachsene und 1 M für Kinder.

Re. Vom Stadtgarten. Ein ungenutzt freiges Regiment hat der Winter viel Ausdauer geführt und hat uns auch in unserem Stadtgarten ein recht lustiges Winterportreiben geziehen lassen. Während der sich wiederholenden härteren Frostperioden konnte Jung und Alt sich auf dem Stadtgartenstee tadellos gepflegten Eisbahn bei dem schönen und gesunden Eisport vergnügen. Ein Teil der Jugend fand jedoch die größte Freude beim Tobeln. Selbst die „Älteren“ machten hier ihre Übungen für große Abfahrten. In Scharen zog man mit dem Nobelkutschen oder einem ähnlichen Fahrzeug zum Stadtgarten, und vom Rautenberg oder von der großen Brücke herunter ging in frohlicher Fahrt. Möglich hatte die Herrlichkeit ein Ende.

Der Frühling ist im Anzuge, die Vogel und die Pflanzen erwachen es. Aber hat der harte Winter hart zugehakt, daher freuten sie sich über seinen Niedergang. Der Frühling schmeitert schon überall sein aufheitendes Fröhliches Lied, und Ansel und Trossel fliegen auch bereits bereit und einsam in einer hohen Baumkrone fliegend, ihre melancholischen Weisen. Die Pflanzenwelt beginnt sich ebenfalls zu regen, sie selbst bereitete Blüten sind schon da, und bald werden andere sich öffnen. Bereits fast sängerzeit wird dem aufmerksamen Beobachter im Japanpark neben der Brücke ein kleiner Strauch mit einer Fülle von gelben eigenartigen Blüten aufgefallen sein. Es ist die Jamburruh — Samamelis — und zwar auf der einen Wärdenseite die aus Japan stammende Samamelis japonica und auf der anderen Seite die in Nordamerika heimische Samamelis virginiana. An anderen Stellen des Gartens leuchten schon die gelben Knospen der herrlichen Forsythie, in einigen Tälern wird auch der echte Jasmin — Jasminum nudiflorum — ebenfalls im Japanpark auf der Wärdenseite nach der Unterführung blühen. In einem vorgeschrittenen Stadium befinden sich Ferner die Kermesbeere — Cornus mas — mehrere Jasminus, Weiden und Ahornarten, sowie die Prunkpflanze — Grodordba grandiflora Alberti —. In der Waldweise hinter dem Kästenspielern reden Crocus und Narzissen ihre Köpfe aus dem Boden, und falls wir die jetzige Witterung behalten, werden dort in kurzer Zeit wieder die bekannten farbigen Blüten prangen. In den Schauhäusern am Rosenpark finden wir uns jedoch schon in den vorgeschrittenen Frühling versetzt. Wir schauen hier winterübende Begonien mit den zierlichen roten Blüten, Gladiolen, japanische und ägyptische Primeln in allen Farbschattierungen, die eigenartige Zimmerlinde — Sparmannia africana —, als Frühlingsblüthe das blutende Herz — Dianthus spectabilis —, die prächtige rotblühende Camellia japonica, Azaleen und im letzten Hause duftenden Flieder, das echte blaue

Gesicht gemacht. Herr Dahlen gab dem Lambert eine sympathische, klare Audeutung, wie sich der Künstler überhaupt immer mehr als vornehmen und überlegenden Gestalter ausweist. Das Publikum, dem die gezielte Psychologie des Mitgehens erschwerte, blieb nach den Wärdenseiten zurückhaltend und spendete erst am Schluß der feinfühligsten Regie des Herrn Intendanten Bollner und den Darstellern reicheren Beifall.

„Aida“ war eine Sonntagsvorstellung mit allem Nebl und Wortleit dieser Art; die Aufnahmebeurteilung eines festgelegten Publikums und die erschöpfende Befriedigung des Beifalles Alfred Vornich hielten den Leim des da und dort etwas lockeren Gefüges, aus dem die Hauptrolle mehr oder minder stark unruhig herausstrahlte. An erster Stelle ist Max Wütners mit außerordentlicher Einwürdekraft gestellter Simonaro zu nennen, dessen harte gesungene Zeichnung wieder ein prächtiges Bild echt dramatischen Lebens bot. In dieser Linie weiß sich auch die Aida von Hedv Fracema — Prügelmann zu halten, deren gesungener und darstellerischer Reichtum diesmal der Partie noch mehr Leben und Farbe lieh als beim ersten erfolgreichen Auftreten. Wie die hervorragende Künstlerin über die Fülle des Objekts in Gestalt einer plötzlichen stimmlichen Beeinträchtigung Herr ward, konnte nicht besser anerkannt werden, als in dem offensichtlich darauf gerichteten Beifall, der das glückliche Gelingen lobte. Willu Jüllens Anteil daran soll das nicht schmälern; sein Radames war von echtem Feuer in Ausdruck und Stimme, die sich an diesem Abend wieder zu frohenem Glanz erhob, ganz in der großen Linie gehalten, die alle Gaden des Künstlers auszeichnet. Man gebe ihm für die Gesamtheit die nötige Anzahl Bravo! Paula Waber sang die Amneris recht wohlklingend und ausdrucksvoll, mit besonders temperamentvoller Unterfreudung. Alfred Glah fehlt das phantasische Formale. Hermann Wucherpfennig, der neuernommene Bassist, bemühte sich als stillvoller Sängler, muß aber zum entsprechenden Ausgleich etwas mehr Ruhe in die Darstellung bringen. Uly Wosetts klängevolle Priesterstimme und Hannu Burgauz sich selbst recht befriedigender anzugehören noch hervorgehoben, neben den Kostümgebern von Margarethe Schellenberg, die Hans Langes Regie tatkräftig unterstützten. Die im ganzen doch recht stimmungsvolle Aufführung muß dem emstigen Chor und dem ersten schönen Tago doch noch einmal von selber spielenden Orchester, das sich an entzückender Stelle wieder glänzend bewährte, noch besonders gedankt werden!

Reichen und die farbenschönen Alpenrosen. Die hier zu dieser Zeit so überaus reich gebliebenen Gensie sollte sich kein Natur- und Blumenfreund entgehen lassen, der Spaziergang durch den Stadtpark wird ihn sicher für manches Unangenehme des Alltags entschädigen.

Neustädter Betrieb. Die außerordentliche Generalversammlung der Maschinenbau-Gesellschaft im vorigen Jahre beschloß, zwecks Vergrößerung des Werks das Grundkapital um 17 Millionen Mark zu erhöhen und 3 Millionen Mark Vorkapital zu erhöhen. Die Dividenden der letzten Jahre betragen: 1916/17 15 Proz. auf 3 Millionen, 1917/18 18 Proz. auf 3 Millionen, 1918/19 10 Proz. auf 5 Millionen, 1919/20 20 Prozent auf 10 Millionen und 1920/21 20 Prozent plus 10 Prozent Bonus auf 20 Millionen Aktienkapital. An der Berliner Börse sind 15 Millionen Mark neue Stammaktien der Gesellschaft zum Handel zugelassen worden.

Karlsruher Wohnhausmarkt. Auf die diesbezügliche Anzeige in der heutigen Nummer sei auch an dieser Stelle hingewiesen.

Grünwäldel. Siehe Leitartikel. Beim Sanje Darmesheimstraße 98 waren Telephonarbeiter mit Ausgabungen beschäftigt. Auf einmal hörte der Gehel des Hauses ein, weil allem Aufsehen nach die Ausgrabung etwas so nahe am Haus vorgenommen wurde. Man hat nun in familiäre Stodpelle des Hauses freien Einblick. Erreulicherweise ist niemand durch den Einbruch beeinträchtigt. Um ein weiteres Einflügen zu verhüten, sind alle Vorkehrungen getroffen. Die Bahnen dürfen nun in langsamem Tempo an dem gefährdeten Hause vorbeifahren.

Ein Musikerpferdtag

Der Deutsche Musikerverband beschäftigt, in allernächster Zeit im Deutschen Reich einen Opertag zu veranstalten. Alle Ortsverbände des Verbandes sollen durch ihre Mitglieder musikalische Darbietungen veranstalten, deren Entwürfe den Absichten und Einrichtungen zur Hebung des Musikernachwuchses zugute kommen sollen. Besonders ist eine gründliche Umgestaltung in bezug auf solche Einrichtungen mit hierbei gedacht. Es handelt sich um die Ausbildung eines höheren Kontingents Musikbesitzer auf breiterer Grundlage, als es bisher für ausreichend angesehen wurde. Der Deutsche Musikerverband plant nun im Bereich mit abschließenden Absichten des Reichsdeutschen Musikerverbands für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine grundlegende Umgestaltung des Musikerausbildungswesens bereit, daß den bisher bestehenden öffentlichen Musikbildungsanstalten eine Art Hochschulen mit dem Namen „Orchesterakademie“ angegliedert werden sollen, die freilich nicht einseitig auf die Vorbereitung eines Instrumentalisten, sondern zugleich auf die Allgemeinbildung abzielen sollen, daß ein geistiges und künstlerisches Fortkommen des Boplings möglich ist bis zu einem Grad, der den der Realschule darstellt und zum Hochschulstudium und anderen Hochschulkursen berechtigt. Wichtig ist hierbei, daß im Besonderen an Stelle des handwerklichen Vorbildes das ausgeprochen schulmäßige tritt, wozu gerade das künstlerische Moment, das für den Musikerberuf entscheidend bleiben soll und muß, dem Kunsthandwerklichen gegenüber betont wird. Bei dieser die Weltlehre streng in Erwerbsfähigkeit und Ausbildungsweisen leitenden Tendenz beschäftigt der Musikerverband praktisch die Angliederung von Musikerschulen an die Lehrpläne der Realschulen auf, und die Organisation von Lehrplan und Lehrkräften im Bereich der geeigneter Räumlichkeiten und Lehrmittel. (Instrumente usw.). Dazu soll nun nach der Lebereinfahrt auf dem Verbandstag des Deutschen Musikerverbands im Februar 1920 ein alljährlich abzuhaltender Opertag beitragen.

Auch in Karlsruhe wird eine Reihe Veranstaltungen für diesen Zweck geplant, deren erste am nächsten Mittwoch, den 8. März, abends 8 Uhr, im Kaffee Wauer stattfindet. Mitwirkende sind die Herren Rudolf Wenzrau und Paul Wüller vom Bad. Landestheater, Kapellmeister Franz Dörsel sowie die durch Angehörige des Landestheaterorchesters verstärkte Kapelle des Kaffee Wauer (siehe auch die Anzeige in letzter Nummer).

Ausdehnung zum Reichsmietengesetz

Die am 26. Februar im Reichstagsgebäude in Berlin abgehaltene, aus allen Teilen Deutschlands überaus zahlreich besuchte Delegiertenversammlung des Bundes Deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) legt mit Entschiedenheit und Entfaltung einstimmig dagegen Verwahrung ein, daß der Hausbesitz vertrieben, in letzter Stunde durch demagogische Kampfbeweise und erpresserische Drohungen (Steuertrieb, abhändliches Verfallslassen oder Anbieten der Häuser, Verkauf an Ausländer usw.) das Gesetz zu Fall zu bringen. Sie richtet an den Reichstag das dringende Ersuchen sich durch dieses Behalten des Gesetzes nicht irre machen zu lassen, sondern das Gesetz, dessen Wirksamkeit bedürfen, um Ordnung in die Hauswirtschaft zu bringen, zu verabschieden. — Daß das Gesetz die Hoffnungen der Spekulation bis auf Weiteres einschränkt, ist ein besonderer Vorzug, ist mit der damit verbundenen Befestigung der Grundrente eine Notwendigkeit, ohne die unsere gesamte Wirtschaft durch Belastung mit neuen unangenehmen Schulden schwerer geladen werden würde, und ohne die der Mieterschaft die schmerzlichen Schäden der Mietspiegelüberhöhung, die sich durch die Mietspiegelüberhöhung, die sie mit dem Gesetz übernehmen muß, nicht zugemutet werden können. Die Mieterschaft ist bereit, sich mit dem neuerdings vorliegenden Kompromissvorschlag abzufinden, auch wenn in ihm viele berechtigte Forderungen nicht erfüllt sind. — Der Bund deutscher Mietervereine ist sich seiner Verantwortung gegenüber der gesamten Volkswirtschaft bewußt. Er hat sein Verantwortungsgesühl durch ruhige sachliche Arbeit bewiesen; er erwartet dafür aber, daß diese Arbeit entsprechend gewürdigt wird und es nicht der demagogischen Arbeit der Gegenseite gelingt, das Gesetz zu Fall zu bringen. Die Urrede in der Mieterschaft ist außerordentlich groß; wenn das Reichsmietengesetz fällt, leidet der Bund deutscher Mietervereine die Verantwortung für die unabsehbaren Folgen ab.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Gehausgebote. Karl Funckelmann von hier, Koch hier, mit Emilie Sedl von hier, Robert Wöllinger von Rittersbach, Eigenhahn-Betriebsbesitzer von hier, mit Uta Erbacher von hier, Emil Sefer von Mönchsheim, Elektromonteur hier, mit Emma Freitag von hier.

Das Geheimnis, warum es mancherorts so seinen billigen Kaffee gibt: Man kocht mit der echten Pfeiffer & Dillers Kaffee-Milch! Machen Sie ebenfalls einen Versuch! Originaldosen und Silberpakete in den Geschäften! s.k.

Karlsruhe
Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügen

Hotel Nassauer Hof
am alten Bahnhof, Kriegsstrasse 88
Gut eingerichtetes Haus
Besitzer: F. Odenheimer.

Hotel Müller
Gut bürgerliches Weinrestaurant
Kreuzstrasse 19, Telefon 3553

Gasthaus zum Albtal
Ettlingerstrasse 43, Telefon 4886
2 Minuten vom Bahnhof :: Fremdenzimmer
Vereinszimmer.

Markgräfler Hof
Telefon 1992, Durlacher
Allee, Ecke Rudolfstrasse
Weinstube Bes.: Th. Zwecker.

Restaurant Grünwald
Rippurrstrasse 2 :: Eigene Schlachtung :: Guter
Mittags- und Abendtisch :: Vorzüg. Weine und
Schrenpp-Bier :: Gr. u. kl. Stlle. **Ad. Körner.**

Restaurant Merkur
am alten Bahnhof, ff. Sinner- und Münchener
Biere, Weine, Gute Küche. **A. Weber.**

Zum Bratwurstglöckle
am alten Bahnhof, Bekannt gute Küche u. Keller
ff. Sinner Bier, Fremdenzimmer, Tel. 3231, am Markt

Gasthaus zum Stephanienbad
Karlsruhe-Beiertheim
Anerkannt gute Küche und Keller.
Gottfried Lucas Telefon Nr. 2102
5 Minuten vom Hauptbahnhof.

Färberei Printz A.-G.
Telefon 63, Karlsruhe, Telefon 63,
— Annahmestellen überall. —
Gebrüder Kugel, Rheinstr. 63
Kurz-, Weiss- und Wollwaren, Herren-Artikel
Gegr. 1867, Teleph. 2758

ADAM KEMPF
Weingrosshandlung
Kaiserallee 21, Telefon 2163

Frz. Fischer & Co., Weingrosshandlg.
Wein und Trauben
Steinstr. 20, Import-Geschäft, Teleph. 168

Max Homburger, Weine und Spirituosen
Laden, Kaiserstrasse 124, Telefon 340.

Junker & Ruh A.-G.
Junker & Ruh - Nähmaschinen
Junker & Ruh - Dauerbrandöfen
Junker & Ruh - Gasherde

Badische Maschinenfabrik
Durlach
Giessereimaschinen
Gerbereimaschinen
Zündholzmaschinen

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken
Karlsruhe (Baden)

Kaltgezogene u. gepresste Präzisions-
Teile · Biegbare nachfolde Comback-
Schläuche · Bau von Spezial-Maschi-
nen für Präzisions-Maschinen-Artikel
Aluminium-Haus- und Küchengeräte
* * *

Oscar Sichtig & Co.
Maschinenfabrik :: Ventilationsanlagen

Maschinen-Fabrik Louis Nagel
Inh.: G. LANG
Karlsruhe i. B.
Tel. 382, Telegr. Maschinenfabrik Nagel

Max Schellberg & Co.
Aktiengesellschaft
Schmiedestücke für alle Zwecke.

EMIL KOHM
Inh.: Wilhelm Edelmann
Fabrik für Chirurgie — Mechanik.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Teigwaren „Syndikatsfrei“
Scheurer & Co., Teigwarenfabriken, Karlsruhe u. Logelbach.
Erste Rastatter Herdfabrik
Unkel, Wolff & Zwiffelhoffer, Rastatt (Baden)
Kohlenherde und kombinierte Herde.

Säcke Säcke Badische Lederwerke
Karlsruhe-Mühlburg
für Glace-, Chair- und Mocha-Leder.
— Spezialität: Mocha Veneziana. —
Alfred Just, Karlsruhe (Oststadt) Sonnenstrasse 30, Telefon 268.

Abfahrt in Richtung:

Pforzheim	Bruchsal-Heidelberg	Schwetzingen-Mannheim	Stillingen-Rastatt	Durrmorsch-Rastatt	Maxau-Pfalz	Eppingen
Vorm. 1 ⁰⁰ Nachm. 1 ³⁰						
W 4 ¹⁵						
10 ⁴⁵						
11 ¹⁵						

Ankunft in Richtung:

Pforzheim	Heidelberg-Bruchsal	Mannheim-Schwetzingen	Rastatt-Etlingen	Rastatt-Durrmorsch	Pfalz-Maxau	Eppingen
Vorm. 6 ³⁰ Nachm. 7 ¹⁵						
9 ¹⁵						
11 ¹⁵						

Zimmertüren Fensterrahmen
für Kleinwohnungsbauten
Billing & Zoller, Aktien-Gesellschaft
für Bau- u. Kunst-Tischlerei.
L. Bienenstock, Luisenstr. 75
Weiß- u. Kurzwaren en gros — Telefon 1234

Unterberg & Helmle
Karlsruhe, Ritterstrasse 13-17.

EUGEN REILING
Sägewerk, Holzhandl., Möbelfabrik
Gernsbach i. B.
— Fernruf 102 —

Th. & O. Hessig
Eisenbetonbau.

Casimir Kast
Holzhandlung Sägewerke.
Gernsbach.

Reserviert für Firma
Heinr. Rausch, Sägewerke u. Holzhandlung
Karlsruhe

H. Fuchs Söhne, Karlsruhe
Säge- und Hobelwerke, Holzhandlung.
Rheinhalten

Adolf Pfeiffer Karlsruhe
Werkzeuge, Werkzeugmaschinen.
:: Feldbahnen ::
Lokomotiven
Lokomobilen
Baumaschinen
Werkzeugmaschinen

Max Strauss, Karlsruhe.

J. Prölsdörfer, Eisenhandlung
Karlsruhe. — Telefon 868, 5430.
Schrauben — Drahtstifte — Geflechte.

Hermann Cohen
Rintheimerstrasse 8 — Telefon 5108
Ankäufe: Alteisen, Metalle, Lumpen, Papier,
Häute, Felle zu den höchsten Tagespreisen.

Stimmen u. Reparaturen
erledigt prompt und billigst
J. Kunz, Piano-Haus
Karl Friedrich-Strasse 21 — Telefon 2713.

W. Seyfarth
Tapetenfabrik und Versandhaus
Gernsbach (Murgtal)
Man verlange von seinem Maler- und
Tapeziermeister meine Musterkarte.

Veit Groh & Sohn
Feine Herren-Maßschneiderei
Kaiserstr. 114, Tel. 3000.

Fabrik Stolzenberg
Deutsche Bureau-Einrichtungs-
Gesellschaft m. b. H.
Oos-Baden.



Vogel & Schnurmann
Karlsruhe.
Offenburg.

Warenhaus Steinberg & Co.

Kaufhaus Spinner
liefert alle Artikel
des tägl. Bedarfs.

Garngrosshandlung
Kaufhaus Wörter
Spezialhaus für Stöckgarn
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.

Email- und Metall-Reklame-Plakate
Aetz- u. Emaillewerke G. Robert Dold
Offenburg.

Walter Claus
Leinweberei und Bleicherei
Gesellschaft mit beschr. Haftung.
Spinnerei und Weberei
Offenburg.

Henco & Co.
Oelfabrik und Raffinerie.

Trinkt **Armburster-Bier** **Böhringer & Reuss**
Offenburg.

Maschinenbau-Gesellschaft
Karlsruhe
Gegründet 1837. Gegründet 1837.
3000 Werksangehörige.
Dampfmaschinen — Dampfkessel
Eis- und Kühlmaschinen.

Franz Meyer
Nähmaschinen, Fahrräder, Zentrifugen,
Reparaturwerkstätte.

Kaufhaus Weiher
Grosse Auswahl in
Haus- und Küchen-Einrichtungen
— Mässige Preise. —
Reserviert für Firma
J. Jenewein & Co., Offenburg

Wein- und Edelobst-Brennerei
Badenia G. m. b. H.

B. Stern, Offenburg
Schuhwarenhaus
Vorteilhafte Bezugsquelle beim Einkauf von
guten und preiswerten Schuhwaren.

A. Rheinboldt
Manufaktur- u. Modewaren.

Fritz Schoel
Spezialhaus für
Herren- und Knaben-Bekleidung.

Gebr. Tannhäuser · Fischmarkt 1
Herren- und Knaben-Bekleidung

Carl Mayer Ww., Feine Herrenschneiderei
Hauptstrasse 38
Herren-Mode-Artikel

Hauser & Levi
Spezialhaus für
Manufakturwaren und Damen-
Konfektion

